

Sieben blutige Jahre

Namibia: „Lorbeeren der Vergangenheit“, FR-Meinung vom 2.12.

Johannes Dietrich fragt, was eine ehemalige Befreiungsbewegung im südlichen Afrika tun müsse, um nicht wieder gewählt zu werden. Sie könne die Bodenschätze des Landes gegen Schmiergeld verschleiben und nichts für die verarmte Bevölkerung tun. „Und trotzdem wird sie mit satter Mehrheit wiedergewählt“.

Ganz so einfach sollte es sich der Autor nicht machen. Von Algerien, das ich aus den 70er und 80er Jahre kenne, kann ich sagen: Es war leichter, nach blutigen sieben Jahren Unabhängigkeitskrieg gegen die Franzosen 1962 die politische Unabhängigkeit zu erringen, als nach über 50 Jahren die wirtschaftliche. Und das, obwohl Algerien reich an Erdgas und Erdöl ist und obwohl es vernünftige Programme gab: Entwicklung der Schwerindustrie, der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft.

Heute schlug Entwicklungsminister Gerd Müller vor, die Kaffeesteuer für „fairen“ Kaffee abzuschaffen. Wenn die Länder des reichen Nordens nicht mehr als Peanuts anzubieten haben, werden die Länder Afrikas noch weitere 50 Jahre brauchen, um wirtschaftlich auf einen grünen Zweig zu kommen und sich in der globalisierten Welt behaupten zu können.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Mandat weg, Gehalt weg

Neue SPD-Spitze: „Das Risiko als Chance“, FR-Meinung vom 2.12.

Warum macht eigentlich kein oder fast kein Journalist auf eine schlichte Tatsache aufmerksam, die – zumindest auch – hinter dem Bestreben so mancher Ministers und Bundestagsabgeordneter der SPD stehen dürfte, die große Koalition noch möglichst lange fortzusetzen? Zerbricht die Groko vorzeitig, sind baldige Neuwahlen wahrscheinlich. So mancher Abgeordnete oder Minister würde, folgt man den Umfragen, sein Mandat und damit sein Gehalt und/oder Pensionsansprüche verlieren. Da scheint es mir kein Zufall, dass „die Basis“ ein anderes Interesse und Leute an die Spitze gewählt hat, die den Koalitionsvertrag gegebenenfalls aufs Spiel zu setzen bereit sind. Rolf Blees, Langen

Die SPD ist weiter auf dem Selbstfindungstrip

Wirklich total dumm gelaufen; Das ist die Krux an der Wähler! Irgendwie kann immer ein Ergebnis dabei herauskommen, das absolut nicht gefällt. Die SPD ist weiter unterwegs auf ihrem „Selbstfindungs-Trip“ quer durch Deutschland, und je länger dieser dauert, um so mehr stellt sich die Partei selbst infrage. Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/spd-spitze



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar diskutiert mit Katja Kipping (Die Linke) und anderen über „Das Produkt sind wir – das Leben im digitalen Zeitalter“. **Freitag, 6. Dezember, 19 Uhr TAK Theater im Aufbauhaus, Prinzenstr. 85F, Berlin**

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr. **Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

Bascha Mika stellt das Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor, das sie zusammen mit Nadja Erb geschrieben hat. **Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt**

Eine Dienstpflicht passt nicht in unsere Zeit

Soziales Jahr: „Dienstpflicht für alle?“, FR-Meinung vom 29. November

Das Grundgesetz spricht voll dagegen

Neue und frische Ideen braucht unser Land, keine aufgewärmten Kalauer (à la Annegret Kramp-Karrenbauer). Jugendliche stehen nun mal voll auf Smartphone & Co. und sicherlich nicht so voll auf „Dienst nach Pflicht“, außerdem spricht sich unser (demokratisches) Grundgesetz voll dagegen aus. Deshalb: Voller Matchball für Friedrich Merz!

Riggi Schwarz, Büchenbach

Peinlich und reaktionär

Die Forderung der CDU-Chefin und Verteidigungsministerin ist aus der Zeit gefallen. Ich spüre das Wollen und den Willen der neoautoritären Prä-68er. Sie wollen die Gegenwart überwinden und zurück in die Vergangenheit. Als vermeintlich noch alles gut war. Der Blick aufs Heute lässt sie schaudern.

Ich war am Freitag auf einer Demo, die junge Menschen organisiert haben, um für ihre Zukunft einzustehen. Gemeinsinn und Solidarität waren dort zu spüren. Altersgrenzen wurden überwunden. Eine Botschaft, die nach vorne weist, war zu hören: Zerstört diese Welt nicht! Und wir alle wissen, dass diese Bewegung inzwischen die Welt bewegt. Hunderttausende sind dabei. Dass sie vom Staat fordern zu liefern, ist ihr gutes Recht. Sie haben schon gegeben. Ohne sie hätte sich nichts oder nur das Notwendigste bewegt. Jetzt sind Parlamente und Regierung gefordert. Und dann kommt eine Konservative, beklagt das Fehlen von Gemeinsinn bei jungen Menschen und fordert eine Dienstpflicht. Das ist peinlich und reaktionär, lenkt aber vor allem ab vom Versagen in wichtigen Fragen und dient sicher nicht den Zwecken, die propagiert werden. Nein – junge Menschen sollen Lücken füllen. In der Armee, die bei sich abzeichnender neo-militaristischer Politik, in personelle Engpässe geraten wird. In der Altenpflege, die



Insa Fuhr (l.) und Dennis Eiring (r.) gehörten zu den ersten, die im Jahr 2011 ihren Bundesfreiwilligendienst antraten. SASCHA RHEKER

– weil profitorientiert organisiert – auf billige Arbeitskräfte angewiesen ist, sollen die Zuzahlungen nicht ins Unermessliche steigen oder die Profite schmaler werden. Das sind nur zwei Beispiele. Was Frau Kramp-Karrenbauer fordert, passt nicht in die Zeit. Zumindest nicht in die Zeit jener, die nach vorne schauen und nicht nach hinten.

Bertram Münzer, Gütersloh

Zusammenhalt bekommt man nicht durch Zwang

Markus Decker beklagt eine Entfremdung der Bundeswehr von der Gesellschaft und zeigt doch in erster Linie seine persönliche Entfremdung, nicht von der Truppe, aber sicherlich von größeren Teilen der Gesellschaft. Den Mangel an Pflegekräften mit zwangsverpflichteten jungen Menschen auszugleichen, ist zunächst ein Schlag ins Gesicht aller, die in mehrjährigen Ausbildungswegen Qualifikation zur Kranken- bzw. Altenpflege erworben haben – nach den Vorstellungen des Autors kann das offenbar jeder. Es handelt sich hier um eine Aufgabe mit hoher Verantwortung, und ich wünsche niemandem in einer pflegebedürftigen (abhängigen) Lage, an jemanden zu geraten, der diese Tätigkeit weder ausüben kann noch will, sondern dazu gezwungen wurde. Die jungen Menschen, die Herr Decker gern in die Pflicht nehmen will, sind an

den Zuständen in der Pflege nicht schuld, sollen es aber ausbaden.

Diese Sichtweise blendet den großen Teil der Bevölkerung aus, der nicht erst Abitur macht und dann, volljährig, zwischen Schule und Ausbildung/Studium der „Dienstpflicht“ nachkommen soll. Was soll mit denen geschehen, die mit 15 oder 16 Jahren eine Ausbildung anfangen? Nach dem Abschluss erstmal ein Jahr im neu erlernten Beruf aussetzen? Sollten dann auch Pflege-Azubis vom Dienst befreit werden bzw. die Zeit angerechnet bekommen? Und wenn wir beim gesamtgesellschaftlichen Gedanken sind: Jemand muss die Brötchen backen, die im Pflegeheim auf den Tisch kommen. In Zeiten geburtschwacher Jahrgänge bemühen sich die großen und kleinen Betriebe überall im Land, Auszubildende zu gewinnen. Unsere arbeitsteilige Gesellschaft basiert darauf, dass jeder an seinem Platz seine Aufgabe bestmöglich erledigt. Qualifizierte Mitarbeiter bekommt man nicht durch Pflichtdienste – ebenso wenig wie gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Zwang.

Die Jugendlichen zeigen derweil eindrucksvoll weltweites politisches Engagement zum Klimaschutz und widerlegen die vielbemühte, nie mit Fakten belegte These, sie hätten kein gesellschaftliches Verantwortungsgefühl. Anette Lorch, Büdingen

Diskussion: frblog.de/sozialesjahr

Unsolidarisches Deutschland

Tesla: „Musk gegen Fledermaus“, FR-Wirtschaft vom 27. November

Deutschland ist ein zentral gelegenes wirtschaftlich starkes Land. Es hat schon seit langem hohe Exportüberschüsse und verfügt über Haushaltsmittel, um in zukunftsträchtige Forschungs- und Entwicklungsfelder zu investieren. Mit der Dublin-Verordnung haben wir die Kosten für Registrierung und Aufenthalt von Migranten und Flüchtlinge an die Staaten mit EU-Außengrenzen delegiert. Unser Land bietet Vorhabenträgern und Investoren eine – vergleichsweise – hohe Rechtssicherheit und geordnete Genehmigungsverfahren. Diese und weitere Vorteile spielt Deutschland meiner Meinung nach völlig unsolidarisch gegenüber den übrigen,

insbesondere den wirtschaftlich und fiskalisch schwächeren EU-Ländern aus, wenn es um die Gewinnung von Neu-Investoren oder Banken- und Betriebsverlagerungen im Zuge des Brexit geht. Gerade wir, die wir uns die Durchsetzung zugunsten unseres Nationalstaates und Nationalhaushalts glauben leisten zu können, sollten uns im Eigeninteresse wie auch im Interesse eines prosperierenden Gesamt Europas so verhalten, dass es mittel- und langfristig zu einem wirtschaftlichen Ausgleich statt zu weiterer Divergenz kommt.

Nun kann man keinem Investor vorschreiben, wo er sich niederlassen soll. Aber wäre es nicht verblüffend, wenn ein eu-

ropäisches Konsortium, installiert z.B. von den Wirtschaftsministern, einem Investor im Sinne der europaweiten Verteilungsgerechtigkeit bestimmte Standorte vorschlagen und gleich auch noch mit einem länderspezifischen Coaching unterlegen würde? Da würden die Aussagen von Außenminister Heiko Maas in einem Gastbeitrag für die FR (16.11.), schließlich bedeuten Zusammenhalt mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität unter den Mitgliedstaaten, mit Leben gefüllt. Es wäre auch – ganz konkret – ein Anlass, gegenseitigen Zustand der Rechtsstaatlichkeit zu überprüfen, was von ihm für nächstes Jahr anvisiert ist.

Annette Brandenfels, Sendenhorst